

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 42 (1950)
Heft: 11

Artikel: Ein internationaler Vergleich der Kaufkraft des Arbeiters
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353470>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

internationalen beratenden Ausschuss für die in freien Berufen, in der Verwaltung, im Handel und in leitenden Stellen Beschäftigten zu errichten und eine internationale Konferenz der für diese Berufsgruppen zuständigen Organisationen Anfang 1951 nach Brüssel einzuberufen.

Zu den Erfolgen der Kampagne gegen den sogenannten Stockholmer Friedensappell wurde ebenfalls Stellung genommen und festgelegt, die positiven Beiträge des IBFG zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit publizistisch besser herauszustellen.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Koreakrieges und der den Demokratien auferzwungenen Wiederaufrüstungsprogramme wurden erörtert und eine Entschliessung wurde veröffentlicht, in der internationale Massnahmen zur Verhütung der Inflation gefordert werden. Ferner wird vorgeschlagen, dass die Länder, die Grosserzeuger oder Grossverbraucher von Rohstoffen sind, einen den Vereinten Nationen unterstellten Fonds bilden sollen, aus dem, falls notwendig, Subventionen zur Stabilisierung von Preisen gezahlt werden sollen. Die Entschliessung endet mit der Aufforderung an die Regierungen der freien Länder, « diese Aufgabe mit derselben Entschlossenheit anzufassen, mit der sie sich gegen die Angreifer zu verteidigen bereit sind ». Die angeschlossenen Organisationen werden gebeten, auf ihre Regierungen im Sinne dieser Vorschläge zu wirken. Ausserdem wird unser Vertreter bei den Vereinten Nationen bemüht sein, in der gegenwärtig tagenden Generalversammlung die Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Für eine in Brüssel vom 30. Oktober bis 1. November 1950 stattfindende europäische Arbeiterbildungskonferenz wurde die vorläufige Tagesordnung erörtert. Die Konferenz, die auch Jugendproblemen eine besondere Sitzung widmet, wird gewerkschaftliche Bildungsfragen umfassend behandeln und eine Reihe von Vorschlägen beraten, von denen die wichtigsten sind:

1. Durchführung von zwei internationalen Sommerschulen im Jahre 1951.
2. Projekt einer internationalen Gewerkschaftsschule.
3. Schaffung eines internationalen Gewerkschaftsbildungsfonds.
4. Unterstützung unterentwickelter Gebiete in Bildungsfragen.
5. Bereitstellung von Literaturhandbüchern über Gewerkschaftsorganisation und -geschichte usw.
6. Errichtung eines Europäischen Beratungsausschusses für gewerkschaftliche Bildungsfragen.

Ein internationaler Vergleich der Kaufkraft des Arbeiters

Die *Wirtschaftskommission für Europa* in Genf, eine Gründung der Vereinten Nationen, legt seit drei Jahren alljährlich eine *Uebersicht über die europäische Wirtschaft* vor, die immer eine wahre Fundgrube politischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnisse ist, auch wenn die mitgeteilten Tatsachen angesichts der Tendenz mancher Staaten, entweder gar keine oder nur gefärbte Statistiken bekanntzugeben, das Bild vielfach lückenhaft erscheinen lassen. Die kürzlich von der Studienabteilung der Wirtschaftskommission veröffentlichte *Wirtschaftsübersicht für 1949* ist besonders wertvoll: die in ihr enthaltenen Vergleichszahlen geben äusserst interessante Hinweise auf die wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Ländern und ermöglichen Gegenüberstellungen

der Ergebnisse der sogenannten «freien Marktwirtschaft» mit denen einer demokratischen Planwirtschaft.

Besonders interessant ist eine vergleichende Statistik der Lebensmittelpreise in Beziehung zu der Arbeitszeit, die geleistet werden muss, um den Einkauf eines gewissen Quantum an Lebensmitteln zu ermöglichen. Wir geben im folgenden den auf Europa bezüglichen Teil der Statistik wieder, wobei wir eingangs bemerken, dass es sich natürlich in jedem Fall um Durchschnittswerte handelt, für das das (heute nicht mehr überall geltende) Preisniveau der Mitte des Jahres 1949 zugrunde gelegt wurde. Im allgemeinen wurden die Durchschnittsverdienste in der Industrie benützt, im Falle Deutschlands (es ist nicht klar, ob sich die Zahlen nur auf Westdeutschland oder auf ganz Deutschland beziehen) wurden die Arbeiterlöhne und im Falle der Schweiz nur die Löhne der männlichen Arbeiter für Vergleichszwecke herangezogen. Wieviel Minuten muss man arbeiten, um den Gegenwert von einem Kilogramm der folgenden Lebensmittel oder einem Liter Milch zu verdienen?

Land	Brot	Kartoffeln	Milch	Fleisch	Bacon oder Schinken	Butter	Margarine	Zucker
Dänemark	6	5	10	60	52	130	60	9
Deutschland	21	8	18	150	—	260	120	58
Finnland	22	17	13	103	170	240	64	42
Frankreich	28	12	27	240	150	440	190	75
Grossbritannien ..	11	7	16	84	120	75	24	22
Irland	18	9	20	170	210	190	130	24
Italien	38	13	28	300	660	490	—	100
Norwegen	10	12	10	62	90	130	22	17
Österreich	30	13	22	190	—	340	110	68
Polen	29	10	29	110	330	420	220	110
Schweden	21	11	9	87	170	140	66	21
Schweiz	11	11	11	140	160	230	—	25
Ungarn	19	9	28	160	430	440	240	110

Die grossen Differenzen zwischen dem Realwert des in den einzelnen Ländern bezahlten Lohns sind in die Augen springend. Für den Lohn, den er für 84 Minuten Arbeit erhält, kann sich der britische Arbeiter ein Kilo Fleisch kaufen, aber der deutsche muss, um das gleiche Ergebnis zu erzielen, 150 Minuten und der französische 240 Minuten arbeiten! In Arbeitszeit ausgedrückt, kostet Brot in Italien viermal soviel als in Norwegen, Milch dreimal soviel in Frankreich als in Schweden, Butter fast sechsmal soviel in Polen (!) als in England, Fleisch fünfmal soviel in Italien als in Norwegen,

Zucker zwölfmal soviel in Polen als in Dänemark. Diese grossen Unterschiede sind nicht nur in den natürlichen Bedingungen der einzelnen Länder, zum Beispiel durch die relativ ausserordentlich hohe agrarische Produktion Dänemarks, herbeigeführt. Der Bericht der völlig unparteiischen, bloss Tatsachen registrierenden und wertenden Wirtschaftskommission stellt wörtlich fest: «Durch die Politik der niedrigen Lebensmittelpreise in Grossbritannien und in Skandinavien wurde die Kaufkraft der Löhne im Vergleich zur Produktivität der Arbeit auf einem hohen Niveau erhalten.» Der Bericht stellt dann eine Relation zu den Lebensmittelpreisen in einem Land mit einer für europäische Begriffe besonders hohen Kaufkraft der Löhne, nämlich mit den Vereinigten Staaten, auf und kommt zu dem Ergebnis, dass durch Staatszuschüsse zur Niedrighaltung der Lebensmittelpreise folgendes erzielt wurde: In Arbeitszeit ausgedrückt, ist der Brotpreis in Dänemark, England und Norwegen noch niedriger als in den Vereinigten Staaten und der Preis der Butter in Grossbritannien ungefähr der gleiche wie in Amerika, wobei zu beachten ist, dass in dem erstgenannten Land auch Margarine von einer auf dem Kontinent unbekannteren ausgezeichneten Qualität neben Butter, aber zu einem ganz niedrigen Preis zur Verfügung steht. Die Aufhebung der Rationierung und der Preisschranken hat in Ländern wie Italien und Oesterreich klarerweise dazu geführt, dass die Bevölkerung sich mehr auf Brot, Mehlprodukte und Kartoffeln konzentrieren muss und Butter, Fleisch und Zucker vielfach nicht kaufen kann, da die Preise dieser lebensnotwendigen Waren zu sehr in die Höhe geschwungen sind. Das Ergebnis ist eine sozial ungerechte Verteilung des Vorhandenen.

Die Verfasser der «Wirtschaftsübersicht» gelangen auf Grund der obigen Zahlen zu der Schätzung, dass die Kaufkraft des arbeitenden Menschen, gemessen an der des amerikanischen Arbeiters, in bezug auf die grundlegenden Lebensmittel in Grossbritannien und den skandinavischen Ländern drei Viertel der amerikanischen, in der Schweiz, in Finnland und Irland die Hälfte, in Frankreich und Ungarn ein Drittel und in Italien und Oesterreich ein Viertel beträgt. (Das Bild verschiebt sich ein wenig in manchen Ländern, wenn man die Staatszuschüsse für kinderreiche Familien in Betracht zieht, die zum Beispiel in Frankreich recht hoch sind.)

Ganz abgesehen davon, dass die obige Statistik schon insofern unvollständig ist, als sie nur ganz wenige (und dazu unüberprüfbare) Angaben aus kominformistisch regierten Ländern einbeziehen konnte und nichts über Spanien und Portugal aussagt, wäre natürlich ein Rückschluss auf die Gesamtsituation der arbeitenden Bevölkerung *nur* unter Zugrundelegung der Preise der wichtigsten Lebensbedarfsartikel trügerisch. Niedrigen Lebensmittelpreisen können hohe Wohnungsmieten gegenüberstehen; aber in Frankreich, einem Land mit verhältnismässig hohen Lebensmittelpreisen, ist

durch die Mieterschutzgesetze das Ausmass der Ausgaben für die Wohnung auf 12 bis 15 Prozent des Vorkriegsniveaus zusammengeschmolzen. Bekanntlich sind auch in der Schweiz die Mietpreise für «Altwohnungen», das heisst Wohnungen, die vor dem Krieg gebaut wurden, bisher nicht erhöht worden, wenn nicht wertvermehrnde Aenderungen vorgenommen wurden. Wer heute noch in einer Altwohnung leben kann, braucht deshalb für die Miete einen geringeren Teil seines Lohnes aufzuwenden als vor dem Krieg. Die Mietpreise der vielen Neuwohnungen sind allerdings nach dem jetzigen Stand der Baupreise berechnet worden, wobei aber die Subventionen für den Wohnungsbau verbilligend gewirkt haben. Heute sind diese Subventionen eingestellt. Um so mehr gilt es, die beabsichtigte allgemeine Erhöhung der Mieten zu verhindern. Die «Wirtschaftsübersicht» verweist dann darauf, dass in manchen Ländern «Semiluxusgüter», wie Zigaretten, im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen hoch sind. In Skandinavien, Grossbritannien und Deutschland kosten zehn Zigarren ungefähr ebensoviel wie andert-halb Kilogramm Brot, in den meisten anderen Ländern nur ungefähr soviel wie ein Kilogramm. Das könnte theoretisch, wird in der Veröffentlichung der Wirtschaftskommission ausgeführt, den Effekt haben, dass zwar das Volkseinkommen gerechter aufgeteilt ist, dass aber die Produktivität darunter leidet, weil der hohe Preis der Semiluxusgüter den Antrieb zu ausserordentlichen Arbeitsleistungen stark herabzudrücken vermöchte. «Es besteht aber kein Zeichen dafür», heisst es dort wörtlich, «dass die Produktivität in den Ländern, die diese Politik (der billigen Lebensmittelpreise) verfolgen, weniger angestiegen wäre als in den anderen Ländern.» An anderer Stelle wird angeführt, dass die industrielle Erzeugung in Grossbritannien 1949 ein Ausmass von 137 Prozent des Vorkriegsausmasses erreicht hat, ein Ergebnis, das kein anderer vom Krieg in Mitleidenschaft gezogener grösserer Industriestaat ausweisen kann. Mehr als England weist nur Schweden aus (153), das keine Kriegsschäden erlitt, und Norwegen (138), dessen Industrie aber zahlenmässig unbedeutend ist. Die Schweiz besitzt bekanntlich immer noch keine offizielle Produktions- und Produktivitätsstatistik.

Man kann die Dinge drehen und wenden, wie man will, aber aus der Sprache der unbestreitbaren Zahlen lässt sich nicht nur keine Anklage gegen die Grundsätze der demokratischen Planung schmieden, sondern die entgegengesetzte Schlussfolgerung wird unausweichlich: die günstigen Ergebnisse der in den nordischen Staaten und in Grossbritannien durchgeführten Planwirtschaft rechtfertigen diese in vollem Ausmass.

J. W. Brügel (London)